

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 7

Artikel: Im Busch im Plüsch
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Busch im Plüsch

Marxisten und Kapitalisten im südlichen Afrika reichten sich die Hand zum Friedensschluss. Für Moskau nur ein taktischer Rückzieher.

Noch vor kurzem hatten sie einander Marxisten und Rassisten geschumpfen. Jetzt, genau am 16. März, reichten sich der mosambikanische Partei- und Staatschef, Feldmarschall Samora Machel, und der südafrikanische Ministerpräsident, Pieter W. Botha, die Hand zum Friedensschluss. Das für das südliche Afrika historische Ereignis fand gewissermassen im Busch und im Plüsch statt:

Vorgängig der Unterzeichnung des sogenannten Nkomati-Nichtangriffspaktes trafen sich Machel und Botha zu einem Gespräch unter vier Augen in einem weissen, im Busch und im Niemandsland zwischen den Grenzorten Ressano Garcia (Mosambik) und Komatipoort (Südafrika) abgestellten Salonwagen der südafrikanischen Eisenbahn.

Détente: Phase oder Trend?

Der Luxuswagen hatte schon einmal Geschichte gespielt oder hätte spielen können: Im

August 1975 trafen sich zu den «Brücken»-Gesprächen bei den Victoria-Fällen im damaligen Rhodesien der frühere südafrikanische Regierungschef John B. Vorster und der sambische Präsident Kenneth Kaunda. Diese Begegnung fiel in die von Südafrika mit seinen schwarzen Nachbarstaaten eingeleitete Phase des Dialogs. Aber der südafrikanische Eingriff in den angolanischen Bürgerkrieg machte diese «Phase» noch im selben Jahr zunichte. Die jetzige nennt sich optimistisch «Détente». Aber plüschig dürfte sie nicht sein.

Gewiss, sie verspricht Hoffnung auf dauerhaften Frieden im südlichen Afrika. Sie könnte auch wegweisend für weitere Konfliktlösungen auf regionaler Ebene sein, und zwar ohne Zwischenschaltung der Vereinten Nationen (UNO) oder Genfs als Konferenzort der Konfliktparteien. Das zumindest erhofft sich Südafrika, vor allem im Hinblick auf das – auch für Pretoria – leidige Namibia-Problem.

Mosambik am Boden

Zynisch könnte das Nkomati-Abkommen auch als eine Folge der «konstruktiven Destabilisation» der Volksrepublik Mosambik durch Südafrika bezeichnet werden. Seit die Marxisten im Jahre 1975 in Maputo an die Macht gelangten, predigten und forderten sie den Untergang des weissen «Rassistenregimes» in Pretoria und gewährten dem terroristischen Afrikanischen National-Kongress (ANC) Gastrecht und Schutz in Mosambik. Der ANC will Südafrika «befreien».

Südafrika hingegen stand mit Rat und Tat der antimarxistischen Widerstandsbewegung Renamo in Mosambik bei und schlug selber verschiedentlich gegen ANC-Stützpunkte in Mosambik zu. Südafrika kombinierte seine Taktik mit einem wirtschaftlichen Boykott des Nachbarn, der wohl gehofft hatte, Wirtschaftshilfe von seinen Sowjet-Verbündeten zu erhalten. Doch diese ist bis heute ausgeblieben.

Im Januar musste Mosambik seine westlichen Gläubigerbanken um Stundung seiner 1,35 Milliarden Dollar Schulden angehen. Vergangenes Jahr beliefen sich die Schuldentrückzahlungen auf 200 Millionen Dollar oder das Zweifache der mosambikanischen Exporterlöse; 1984 müssen 240 Millionen Dollar für Rückzahlungen aufgebracht werden, und das sind 80 % des Bruttosozialprodukts (BSP).

Der Auszug von über einer Viertelmillion Portugiesen, die politische Verstrickung im Rhodesien-Krieg, die wirtschaftliche und die politische Konfrontation mit Südafrika und der Renamo, eine katastrophale Dürre (über 100 000 Menschen verhungerten, vier Millionen – ein Drittel der Bevölkerung – leiden Hunger) kosteten Mosambik nach Angaben der staatlichen

Der Verkannte

In einer Luxusklinik von Cleveland (Ohio) starb am 26. März Ahmed Sékou Touré, der Präsident von Guinea. Er war ein verkannter Mann. Denn in seiner Eigenschaft als einer der blutigsten Diktatoren Afrikas ist er von der Weltöffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen worden.

Seine Diktatur über Guinea trat Sékou Touré am 2. Oktober 1958 an, und das war ein historischer Tag: die erste sozialistische Machtübernahme in Afrika. Die Bilanz eines sozialistischen Vierteljahrhunderts liegt vor:

- Rund ein Drittel der Bevölkerung ist ins Ausland geflohen.
- Ganze Volksstämme wie die Fulani wurden zu Feinden des Sozialismus erklärt und blutig verfolgt.
- Fast die gesamte akademische und intellektuelle Elite des Landes wurde entweder physisch vernichtet oder ins Ausland getrieben.

– Das zuvor wohlhabende Land geriet an den Rand der Hungersnot. Dabei gehört es nicht zu den afrikanischen Dürregebieten und hat für seinen guten Boden einen grossen Wasserreichtum. Indessen müssen sogar Bananen eingeführt werden, die in unsern Nachschlagewerken als Exportgut des Landes angeführt sind.

Mittels totaler Verstaatlichung konnte Sékou Touré die Macht monopolisieren. Aber die Wirtschaft wurde dabei erdrosselt; in Viehzucht und Landbau kehrte man zur Subsistenzwirtschaft zurück. Hunger und Korruption bestimmten den Alltag des sozialistischen Landes.

Doch trotz oder dank des wachsenden Elends des Volkes konnte Sékou Touré seine Macht konsolidieren. Mit der Verleihung von Konzessionen an ausländische Bergbaugesellschaften kam er zu erheblichen Einkünften. Und mit dem Geld stellte er Armee-Einheiten auf, die er aus seinem eigenen Stamm der Malenke rekrutierte, um ihrer Loyalität sicher zu sein.

Im Land kam es zu Hungerrevolten und zu wachsendem Widerstand gegen den staatlichen

Terror. Um sich zu halten, war Sékou Touré auf ständige Säuberungen und Hinrichtungen angewiesen. Das rechtfertigte er mit seiner Theorie des «Complot permanent» gegen den afrikanischen Sozialismus seitens der «Kolonialisten, Rassisten, Zionisten und der einheimischen Reaktionen».

Die Todeskommandos von Sékou Touré scheuten vor keinem Verbrechen zurück. Ermordet wurde unter anderem der ehemalige Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Diallo Telli. Auch sozialistische Gesinnungstreue war bald keine Lebensgarantie mehr. Mit Ausnahme der Angehörigen von Sékou Tourés eigener Sippe stand jeder Einwohner unter der Drohung willkürlicher Verhaftung, Folter und Ermordung.

Indessen ist die apokalyptische Szene in Guinea kein Thema für internationale Konferenzen und dergleichen gewesen. Der Öffentlichkeit wurde sie so gut wie verschwiegen. Mit seinem Bekenntnis zum Sozialismus hatte Sékou Touré auch das Alibi gefunden, das es einem Diktator erlaubt, ohne internationale Ächtung Ströme von Blut zu vergiessen. *adm*

Planungskommission in Maputo seit 1975 über 5,5 Milliarden Dollar. Und der nicht erklärte Krieg Südafrikas habe weitere 3,8 Milliarden Dollar verschlungen.

2,6 Milliarden Dollar weniger schickten auch die in südafrikanischen Minen beschäftigten mosambikanischen Grubenarbeiter nach Hause, weil ihre Zahl von 113 000 (1970) auf 45 000 in 1982 schrumpfte. Ausbleibende Transportgüter aus Südafrika rissen bei der mosambikanischen Eisenbahn ein Loch von 250 Millionen Dollar auf. Und die «direkte Aggression der von Südafrika bewaffneten Banditen», wie die Planungskommission in ihrem Bericht schreibt, kostete Mosambik weitere 333 Millionen Dollar.

Auf einer Massenversammlung am 17. März im Fussballstadion von Maputo sagte Machel: «Wegen der Banditen habt ihr keine Seife, keine Rasierklingen, keine Kämmen, keine Kleider. Der Nkomati-Pakt bedeutet, dass wir nun alle unsere Kraft auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren können, in Frieden und in Ruhe.»

«O povo organizado sempre vencerá. Viva disciplina. Viva organização. La luta continua! (Das organisierte Volk wird immer gewinnen. Es lebe die Disziplin. Es lebe die Organisation. Der Kampf geht weiter!)»

Der Kampf geht weiter, und vorläufig mit tatkräftiger kapitalistischer Hilfe aus Südafrika. Machel hat Marx nicht abgeschworen. Aber er anerkennt, mit anderen schwarzafrikanischen Nachbarn der Republik Südafrika, dass das südliche Afrika die «Heimat aller ist: der Schwarzen, der Weissen, der Mischlinge und der Inder».

Gemäss Abkommen stellt Südafrika seine Hilfe für Renamo ein, und bereits ist der Renamo-Radiosender «aus technischen Gründen» – vorläufig – verstummt. Am 25. März stürmten mosambikanische Soldaten die Wohnungen von ANC-Mitgliedern in Maputo...

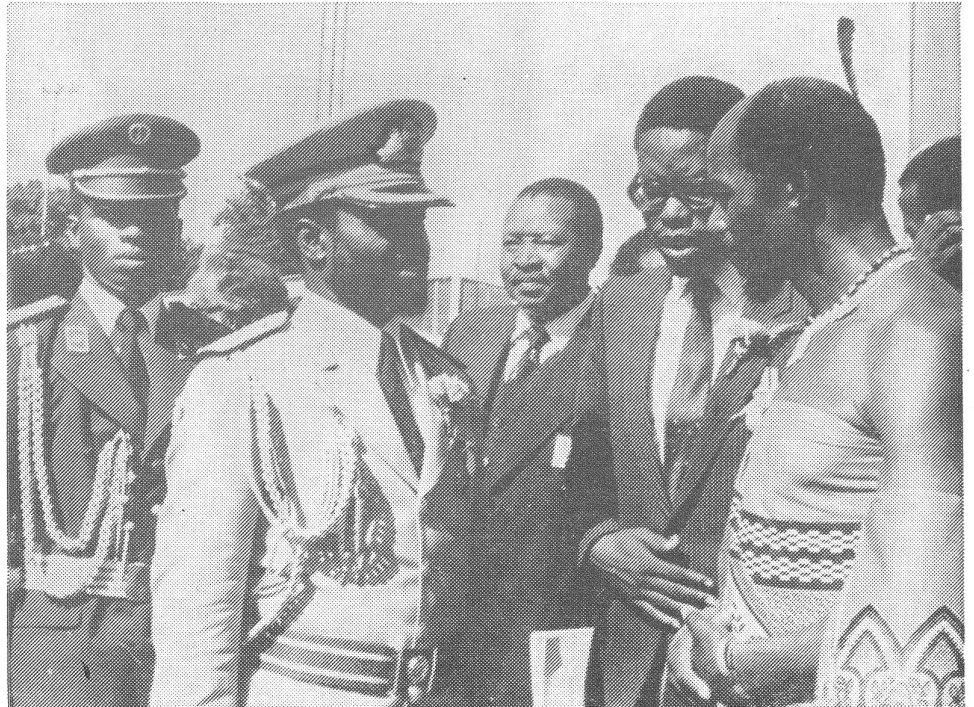
Evolutionschance für Südafrika

An seiner Ostgrenze hat Südafrika jetzt Ruhe, und die Regierung in Pretoria hofft, auch Zeit gewonnen zu haben. Zeit für noch weitergehende Reformen, das heisst der – sehr wahrscheinlichen – politischen Integration nicht nur der Farbigen und der Inder, sondern auch der schwarzen Stadtbevölkerung. Oder, wie es Pieter W. Botha ausdrückte: «Wir müssen uns anpassen (ändern), oder wir riskieren unterzugehen.» Die Tragfähigkeit der Nkomati-Abkommen hängt weitgehend von der weiteren inneren (Reform-)Entwicklung in Südafrika ab. Je mehr Rechte den Schwarzen zugestanden werden, um so wahrscheinlicher ist eine friedliche Zukunft, in der vielleicht auch der ANC gezwungen sein wird, seine Politik des bewaffneten (terroristischen) Kampfes aufzugeben, und zwar zugunsten eines evolutionären Prozesses. Die Apartheid, die – noch – offizielle Politik Pretorias der getrennten Entwicklung der Rassen, kann nämlich auch Gegenstand einer evolutionären Reform sein.

Sowjets: Mehr entlastet als entlassen

Auf den ersten Blick scheint der Nkomati-Pakt eine Ohrfeige für die Sowjetunion zu sein. Ja und nein. Die Sowjetunion leidet unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten; die Kolonialkosten sollen jetzt andere tragen, das heisst die Kapitalisten. Aber die Sowjets bleiben in Mosambik und nicht nur dort. Und sie sind, wenn auch nicht mit Wirtschaftshilfe, so doch mit

Waffen und Beratern präsent. 1982 beispielsweise lieferten die Sowjets und ihre osteuropäischen Verbündeten für insgesamt sechs Milliarden Dollar Waffen in die Dritte Welt oder das Dreifache des Betrags von 1975. Taktisch machte die Sowjetunion in Komatipoort einen Rückzieher, aber sie bleibt gegenwärtig, lauert auf neue Gelegenheiten. Das falscheste, was die Südafrikaner jetzt tun könnten, wäre, sich im Plüsch zurückzulehnen: Dann zöge die Revolution, nicht die Evolution von Komatipoort nach Kapstadt. Jacques Baumgartner



Samora Machel im Gespräch mit einem südafrikanischen Stammesführer.



Bei Komatipoort an der Grenze von Südafrika zu Mosambik. Aufnahmen des Autors.